

■ Überraschungen aus dem Elysée-Palast

Zur gegenwärtigen kulturpolitischen Lage in Frankreich

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich (Mai/Juni 2007) war die Kulturpolitik kein zentrales Thema. Kandidat Nicolas Sarkozy wollte sogar das seit über zwanzig Jahren etablierte Kulturministerium zu einem Staatssekretariat degradieren. Obwohl es schließlich trotzdem zur Ernennung von Frau Christine Albanel zur Ministerin (vorläufig) bei der Beibehaltung eines autonomen Ministeriums blieb, waren die Erwartungen in der Kulturszene eher gedämpft. Und die Enttäuschungen kamen ziemlich schnell.

Eine erste Enttäuschung war die Neu-Definition einer Kulturpolitik durch eine »Lettre de mission« von Präsident Sarkozy an die Kulturministerin Albanel. Diese »Auftragsbriefe«, die an die verschiedenen Minister verschickt werden und die Politik in den einzelnen Ministerien am Parlament vorbei zwischen dem Präsidenten und den Regierungsmitgliedern definieren, sind eine französische Spezialität, die aber auch schon von den Vorgängern Sarkozys benutzt wurde. Was aber in diesem »Brief« auffällt, ist die Abwesenheit einer kulturellen Vision. So wird zum Beispiel über die von Frankreich in seiner internationalen Politik so oft bemühte »kulturelle Vielfalt« gar nichts ausgesagt. Auch wenn mehrmals auf André Malraux hingewiesen wird, kann man den »Brief« als ideologische Offensive gegen die Kultur als öffentliche Aufgabe ansehen und als Plädoyer für eine populistische und kommerzielle Auffassung von Kunst und Kultur. Alle subventionierten Strukturen müssen »die Popularität ihrer Interventionen« bezeugen und sind nach vorgegebenen Zielvorgaben (»obligations de résultats«) zu beurteilen. Die öffentliche Finanzierung zum Beispiel der nationalen Theater ist nicht gesichert und kann jederzeit in Frage gestellt werden (keine »automatische Wiederholung der Förderungen«). Die private Finanzierung der Kultur soll ausgeweitet werden und die großen Museen und andere Kulturinstitutionen sollen in Bezug auf Spenden und Mäzenatentum anhand von Zielvorgaben bewertet werden. Zu diesen »Neuerungen« der Kulturpolitik kommt noch hinzu, dass die Kulturministerin selbst nach 16 von der privaten Beraterfirma Mars & Co ausgearbeiteten Kriterien beurteilt werden soll, als wäre ein Kulturministerium mit seinen öffentlich-rechtlichen Zielen vergleichbar mit einem Privatbetrieb.

Eine der interessantesten Reaktionen auf diesen »Brief« ist der »Gegenbrief«, entstanden aus einer Blog-Initiative des Kulturaktivisten Jean-Gabriel Carasso ([blog.com\). Ein Vergleich zwischen den beiden Briefen: So heißt es im »Auftragsbrief« von Sarkozy: »Demokratisierung der Kultur heißt, dass die öffentlichen Gelder Kunst und Kultur zugute kommen sollen, die dem Wunsch des Publikums entsprechen«. Im Gegenbrief liest sich dies so: »Kunst und Kultur demokratisieren, heißt darauf zu achten, dass die öffentlichen Gelder nicht nur das kulturelle Schaffen unterstützen, das den Erwartungen der verschiedenen Öffentlichkeiten entspricht, sondern auch klar Forschung, Innovation und neuere Formen der Kunst unterstützen, die nicht dem akademischen Kanon oder den kommerziellen Produktionen unterworfen sind«.](http://lacontrelettre.over-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Die zweite Enttäuschung kam mit der Verkündung des Kulturhaushalts für 2008. Nicht nur, dass keine Erhöhung der Kredite vorgesehen war, sondern auch die Förderungen der meisten Organisationen und Vereine wurden um sechs Prozent gekürzt, um eine sogenannte »Reserve« anzulegen. Dazu kommen verschiedene administrative Reformen, wie die RGPP (»Generalrevision der öffentlichen Politik«), die Neuverhandlungen über die 6. Mehrwertsteuer-Direktive, das neue Finanzgesetz (die sogenannte LOLF – loi organique sur la loi de finance) und die Ankündigung einer kompletten Umstrukturierung des Kulturministeriums. Einige dieser Reformen scheinen stark beeinflusst zu sein von einem Dokument, das Ende 2006 unter dem Titel: »Die Ökonomie des Immateriellen. Das Wachstum von morgen« erschienen ist. Unter der Leitung von Maurice Lévy (Publicis-Chef) und Jean-Pierre Jouyet (damals Präsident der Generalinspektion der Finanzen, heute Regierungsmitglied) hatten acht Finanzinspektoren und elf Wirtschaftsmanager in diesem Bericht an den Wirtschaftsminister eine technokratisch-finanzielle Strategie konzipiert, die darauf abzielt, den Kultursektor, den Forschungssektor sowie die Bildung zu deregulieren und in ein großes Feld des Immateriellen einzubinden, in dem die künstlerische Kreativität, die kulturelle Innovation, die Grundlagenforschung und die Werbung auf einer Ebene stünden. Eine solche »Amerikanisierung« würde es dann erlauben, die Universitäten nach und nach zu privatisieren und die Museumskollektionen zu veräußern. In diese Richtung scheint auch die letzte Initiative von Frau Albanel zu gehen: Vier-Sterne-Hotels sollen mit einer neuen Steuer belegt werden, um damit teilweise den Schutz des kulturellen Erbes zu finanzieren.

Eine dritte Überraschung ist der kürzliche

+++In Kürze+++In Kürze+++In Kürze+++

Studie zur EU-Initiative Kulturhauptstadt Europas aktualisiert

Immer mehr Städte Europas wagen sich in den kostspieligen Wettkampf um den Titel »Kulturhauptstadt Europas«, der alljährlich von der EU verliehen wird. Groß sind die Hoffnungen der Stadtverantwortlichen auf einen umfassenden Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Stadterneuerung, der mit dieser europäischen Werbekampagne einhergehen soll. Dafür gibt es offenbar schon gelungene Beispiele. Robert Palmer und Greg Richards haben ihre umfassende Studie aus dem Jahre 2004 aktualisiert, die sie gemeinsam mit weiteren Experten im Auftrag der EU-Kommission erstellt hatten. Sie analysieren die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen sowie die politischen und organisatorischen Implikationen des Kulturhauptstadtjahres in verschiedenen Städten. Die Studie liefert Informationen über aktuelle Trends, erfolgreiche Verfahrensweisen und Zahlenmaterial, die nicht zuletzt als Entscheidungshilfe für zukünftige Kulturhauptstädte dienen können.

Es ist geplant, den Bericht regelmäßig zu aktualisieren, wobei jede Ausgabe neben aktuellen Fallbeispielen und Managementstrategien ein für die Kulturhauptstadt relevantes Thema in den Mittelpunkt stellen wird.

Robert Palmer/Greg Richards: *European Cultural Capital Report*, Arnhem, Oktober 2007, 60 Euro (online zu bestellen im »Bookshop« der *Association for Tourism and Leisure Education* (ATLAS): www.atlas-euro.org)

Goethe goes Afrika

Das Goethe-Institut will sein Engagement in Afrika intensivieren. Im Sudan und in Angola sollen daher neue Institute gegründet werden, um zur Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur beizutragen. In Tansania wird zudem ein bereits 1998 geschlossenes Institut wiedereröffnet. Insgesamt steigt das Goethe-Budget 2008 von 254 auf 285 Mio. Euro. Den größten Anteil davon – ca. 200 Mio. – trägt das Auswärtige Amt, das aktuell 27 Mio. Euro mehr als im Vorjahr beisteuert. www.goethe.de

Deutsche Jugendbücher gefragt

Deutsche Literatur ist bei den chinesischen Lesern angesagt. 2006 wurden 501 Lizenzen von Deutschland nach China verkauft. Allein 289 davon, also über 47 Prozent, kamen aus dem Bereich Kinder- und Jugendbuch. Die deutschen Verlage möchten daher ihr Lizenzgeschäft mit China ausbauen. www.buchmesse.de

Vorstoß von Präsident Sarkozy, alle Werbung beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen abzuschaffen. Das voraussichtliche »Minus« soll zwar über eine neue Steuer (auf Fernsehapparate, Mobil-Telefone und Computer) wenigstens teilweise wieder eingespielt werden, aber es stellt sich dennoch die Frage, ob diese Maßnahme nicht vielmehr den Eigentümern der Privatfernsehen als der Qualität der öffentlich-rechtlichen Programme nützen wird.

Ende Januar stellte die Wochenzeitung *Télérama* die durchaus berechtigte Frage: »Gibt es noch einen Kulturminister?« Obschon Präsident Sarkozy mit seiner neuen Freundin lieber nach Eurodisney als in die Oper oder in die Giacometti-Ausstellung zu gehen scheint, macht er Kulturpolitik auf seine Art und Weise, wie zum Beispiel in seiner Dakar-Rede, die von vielen Afrikanern als neo-kolonialistisch und beleidigend empfunden wurde, oder in seiner Latran-Rede, die die Laizität als Sockel

eines demokratischen Staates in Frage stellt und zu einer bedauerlichen Konfusion zwischen Laizität und Religion sowie zwischen Staat und privater Sphäre führt. Auch spricht er jetzt von »Renaissance« oder einer »Politik der Zivilisation«, ohne dass man recht versteht, ob sich hier eine Gesellschaftsvision herauschälen kann oder ob dies nur von den aktuellen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken soll.

Zum Schluss zwei positive Nachrichten: 2013 wird Frankreich zusammen mit der Slowakei die Kulturhauptstadt Europas stellen. Acht Städte hatten sich zu den Vorentscheidungen gemeldet, bei der die vier Städte Bordeaux, Lyon, Marseille und Toulouse ausgewählt wurden. Sie arbeiten an ihren Konzepten für die Schlussauswahl Ende des Jahres. Dabei scheint sich dieselbe Dynamik, die schon die deutschen Städte für 2010 bewiesen hatten, auch hier auf lokaler und regionaler Ebene zu entwickeln, weit entfernt von den Unsicherheiten und Zwie-

spältigkeiten auf nationaler Ebene.

Am 21. November letzten Jahres erschien (zuerst im Internet, dann in der Zeitschrift *Time* vom 3. Dezember), ein Artikel von Don Morrison über den »Tod der französischen Kultur«, illustriert mit einem Bild des damals gerade verstorbenen Mimen Marcel Marceau. Anfang Januar reagierten unter der Federführung von Olivier Poivre d'Arvor, Direktor von *Culturesfrance* (dem Kultur-»Arm« der französischen Außenpolitik), 300 Künstler und Schriftsteller in einem »Brief an unsere amerikanischen Freunde«, der – *Time*-ähnlich – unter dem Titel »Great Time for French Culture« und dem Untertitel »On ne peut résumer l'art par le marché de l'art, la qualité d'une oeuvre à la consommation culturelle« (Man kann Kunst nicht auf Kunstmarkt reduzieren und die Qualität eines Kunstwerks nicht auf Kulturkonsum) an ausländische Journalisten verschickt wurde.

Ist diese Antwort von 300 französischen Schriftstellern und Künstlern nur eine Antwort auf einen *Time*-Artikel, oder sollte man diese gemeinsame Aktion der französischen Kulturszene nicht auch als Reaktion auf den Sarkozy-Brief interpretieren?

Raymond Weber

